

Was können die Kirchen für den Frieden tun? (Schluss). VI., Die Synode und Westirian ; VII., Die besondere Verantwortung Deutschlands (namentlich der Bundesrepublik) ; VIII., Zum Zeugnis der Kirchen

Autor(en): **Rasker, Albert J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sondern eine Sympathie, die auf der dunklen Evidenz gründet, daß sie zusammen reisen und daß sie sich schließlich auf die eine oder andere Weise trotz aller Konflikte der Formulierungen beide auf ein und demselben Gipfel wiederfinden werden? — Jeder von beiden glaubt, zweifellos auf seine Weise und in divergenten Richtungen, ein für allemal den Doppelsinn der Welt gelöst zu haben . . . Bis zum Ende vorangetrieben, werden die beiden Wege bestimmt sich schließlich einander nähern. Denn aller Glaube steigt von Natur aus auf; und alles, was aufsteigt, konvergiert unausweichlich.»

Wie alle Werke Teilhards ist auch dieses nicht gerade leicht zu lesen. Die Übersetzer haben Fachausdrücke und Teilhards persönliche Wortschöpfungen als Fremdwörter aus dem französischen Original übernommen und sie haben Teilhards nicht sehr leicht verständlichen Stil beibehalten. Es ist also nicht die Schuld der Übersetzer, wenn der Leser gezwungen ist, gewisse Sätze mehrmals zu lesen, um sie zu verstehen. «*Die Zukunft des Menschen*» ist wohl ein Buch, das man nie ausgelesen haben wird: bei jeder Lektüre werden sich auf der einen oder andern Linie neue Horizonte eröffnen. — Die deutsche Ausgabe verdient volles Lob; in der Anordnung ist sie in einigen Punkten der französischen überlegen. Die Übersetzung des Textes wird — soweit wir sie verglichen haben — dem Original gerecht und bedeutet damit eine hervorragende Leistung.

B. Wicke

Was können die Kirchen für den Frieden tun?

(Schluß)

In einem weiteren Kapitel wird über Koexistenz und Wege zur Koexistenz gesprochen; die Kirchen und Christen sollen sich bei ihren Regierungen einsetzen für ein Durchbrechen des gegenseitigen Mißtrauens (S. 46); das gilt, weil nur Vertrauen Vertrauen gewinnen kann (S. 47). Die Synode plädiert für «offene Koexistenz», die der inneren Dynamik der Geschichte Rechnung trägt (S. 42); die Kirchen und Christen sollen durch ökumenische Kontakte auch durch den Eisernen Vorhang hindurch am Dienst der Versöhnung arbeiten (S. 56).*

Wir stellen dazu fest: 1. Vielmehr als derjenige des Papstes wird dieser Aufruf zur Friedensarbeit auf das Evangelium, auf Vergebung und Versöhnung gegründet; von einer Grundlegung in Menschenwürde und Naturrecht ist nicht die Rede. 2. Der Nachdruck auf die geistige Voraussetzung des Friedens (Vertrauen schafft Vertrauen) stimmt mit den Gedanken des Papstes überein, und ist ein starkes Gegenargument gegen die Politik der Stärke. 3. Die Befürwortung einer zeitweiligen Verstärkung der konventionellen Waffen ist von der evangelischen Voraussetzung sowie von der geschichtlichen Erfahrung her

* Zu beziehen: Buchhandlung Gartenhof, Gartenhofstraße 7, Zürich 4.

anfechtbar; dem Gebrauch solcher Waffen im Zweiten Weltkrieg (ich denke zum Beispiel an den grausamen Angriff auf Dresden, Februar 1945) und ihrem heutigen Einsatz in Korea, Vietnam, Algerien und anderswo gegenüber gilt kaum mehr die Bedingung, daß Mittel und Zweck in einem redlichen Verhältnis zueinander stehen, und die neueste Fortentwicklung solcher Waffen steht an Grausamkeit den Atomwaffen kaum mehr nach.

Obwohl wir also einige kritische Bemerkungen zu diesem Gutachten zu machen haben, weil wir es gerne noch radikaler und noch mehr vom Evangelium her inspiriert sehen möchten, so wird es doch in unserem Lande, und ich nehme an, bald auch im Ausland, seiner zu großen Radikalität wegen angegriffen. Der Staatssekretär General Calmeyer beklagte sich darüber, daß die Synode die Gewissen beunruhigt habe (als ob das für eine Kirche nicht Lob sein könnte!). Andere fragen sich, ob die Synode nicht implizite zur Kriegsdienstverweigerung und zum Austritt aus der NATO aufgerufen habe (eine Frage, auf welche die Synode noch nicht geantwortet hat). Professor Patijn wirft der Synode vor, sie «fliehe aus der Geschichte» (gegenüber Dr. Dippel, der, umgekehrt, gerade denjenigen, die auf Atomwaffen ihr Vertrauen setzen, eine «kollektivistische Flucht aus der Geschichte» vorgeworfen hat; meines Erachtens mit mehr Recht, denn wenn jene Waffen gebraucht werden, hört die Politik auf, ihren Sinn, das heißt der Vorbereitung kommender Geschichte, zu erfüllen).

Der Theologe Van Niftrik hat gegen die Synode folgende bestimmte häretische These vertreten: «Alle Hoffnung muß gegründet sein auf das Gleichgewicht zwischen den demokratischen und totalitären Ländern in militärischer Hinsicht.» Diese These gründet auf der unbewiesenen Voraussetzung, daß eine Verschiebung dieses Gleichgewichtes zugunsten Rußlands unwiderruflich eine russische Aggression und Besetzung zur Folge haben würde. Weder scheint diese Voraussetzung von einer echten politischen Einsicht zu zeugen, noch ihre Folgerung übereinzustimmen mit dem christlichen Hoffnungsbegriff.

Inzwischen hat dieses Gutachten innerhalb und außerhalb der reformierten Kirche zu zahlreichen und sehr bewegten Diskussionen geführt, welche auf die Dauer die politische Meinungsbildung in meinem Lande sicher beeinflussen werden. Es geht da um die Frage, ob die Synode ein verbindliches Wort gesprochen habe, in dem Sinne des apostolischen Wortes «es gefällt dem Heiligen Geiste und uns» (Apostelg. 15, 28) (so betrachtet es zum Beispiel H. Berkhof), oder ob sie nur in einer gänzlich unsachverständigen Naivität einen Gewissensschrei ausgestoßen habe, an dem die Sachverständigen getrost vorübergehen können. In den letzten Parlamentswahlen haben die Pazifisten ihre Stimmenzahl, im Vergleich zu den vorigen Parlamentswahlen, immerhin mehr als verdoppelt; dazu haben sicher die Päpstliche Enzyklika und das synodale Gutachten ihren Beitrag geliefert. Allerdings sind 4½ Prozent der Wähler noch nicht viel!

VI. Die Synode und Westirian

Die Synode meiner Kirche hat schon früher einmal ein Wort zur internationalen Politik gesagt, das damals, 1956, gegen die Meinung der Regierung und gegen die im Volk herrschende Meinung gerichtet war. Es war ein Aufruf zur Versöhnung mit Indonesien und zum Aufgeben illusionärer historischer Ansprüche und Verpflichtungen. Es endete mit einem Verweis nach dem Jesuswort: Wer sein Leben behalten will, der wird es verlieren, wer es aber verlieren will um meinetwillen und des Evangeliums willen, der wird es behalten» (Markus 8, 35). Dieses Wort sei auch von politischer Bedeutung, meinte die Synode.

Man hat ihr dieses Gutachten ebenfalls sehr verübelt, und sie selber war sogar zeitweilig ein wenig erschrocken über ihren eigenen Mut. Als dann aber in den vergangenen zwei Jahren die Entwicklung ihr recht gab und unser Land tatsächlich jetzt nach dem Aufgeben seiner Ansprüche auf Westirian sofort das Wiederentstehen eines besseren Verhältnisses zu Indonesien begrüßen darf, kann man mit Dankbarkeit sagen: die Synode hat doch Recht gehabt.

Wie wird es jetzt sein? Wir hoffen und beten, daß auch jetzt die Einsicht kommen wird, daß die Synode recht gesehen hat — daß diese Einsicht kommen wird, ehe es zu spät ist.

VII. Die besondere Verantwortung Deutschlands (namentlich der Bundesrepublik)

Ich möchte mir hier einige Bemerkungen erlauben, was die eigene Verantwortung des deutschen Volkes in bezug auf die Friedensfrage betrifft. Ich erinnere dabei an Hans Iwand und die Weise, in welcher er bereit war, für seinen Anteil die Last der jüngsten Vergangenheit auf sich zu nehmen und, wie er, vom politischen Schuldbekenntnis ausgehend, den Weg suchte nach einer Versöhnung des deutschen Volkes mit seinen östlichen Nachbarn. Kurz nach dem Kriege hat nicht nur die evangelische Kirche eine solche Haltung angenommen in der bekannten Stuttgarter Erklärung, sondern maßgebende Persönlichkeiten in der Politik haben in ähnlichem Sinne gesprochen; zum Beispiel hat damals Franz Josef Strauß gesagt: «Dem Deutschen, der je wieder ein Gewehr in die Hand nimmt, möge seine Hand abfallen.» Damals waren die Deutschen bescheiden und fingen an, wieder Sympathie in der Welt zu gewinnen. (Vergleiche Hans A. de Boer: *Unterwegs in Ost und West.*) Wie hat sich alles geändert!

Statt einer politischen Bekehrung stellt die Welt heute eine politisch-militärische Erneuerung fest. Deutschland macht sich wieder anheischig, die hohen Kulturgüter der Welt, die Menschenrechte und die Religion zu verteidigen gegen alle ihre potentiellen Bedroher — mit denselben Mitteln, mit denen es vor zwanzig Jahren dieselben Güter aufs höchste mißbraucht und geschändet hat. Gerade gegen seine östlichen Nachbarn möchte ein bescheidenerer Ton, als der des lauten

Revisionismus, etwas mehr Bußfertigkeit, etwas weniger Selbstmitleid, ihm besser anstehen, und der würde Deutschland auch der gewünschten Wiedervereinigung näher bringen.

In der Prager christlichen Friedenskonferenz sind in diesem Jahr, unter Mitwirkung deutscher Brüder sowohl aus der DDR wie aus der Bundesrepublik, einige Thesen zur deutschen Frage entwickelt worden, an deren Formulierung ich mitarbeiten durfte und die ich Ihnen jetzt in kurzer Zusammenfassung mitteilen möchte:

a) *Theologisch*: Vom Evangelium her wissen wir uns von Gott vor eine konkrete Verantwortung gestellt in der gegenwärtigen Not und Gefährdung des Menschen in unserer gespaltenen Welt. Wir wissen aber auch von der Versuchung, eine bestimmte Gesellschaftsordnung als unentbehrliche Vorbedingung für ein wahrhaft christliches Leben zu proklamieren und säkulare Begriffe, wie christliche Kultur, Menschenrechte, Selbstbestimmung, Volkseinheit, Recht auf Heimat mit der Autorität göttlichen Willens zu proklamieren.

b) *Politisch*: Es wurden sieben Thesen entwickelt (andere als die sieben Thesen von Ulbricht, aber zum Teil damit parallel gehend: die Begründung und die Perspektive scheinen aber wesentlich tiefer und weiter zu sein):

1. Das deutsche Volk soll nicht länger die Verantwortung für seine eigene Zukunft auf andere abschieben oder einer dann wohl fatalen Geschichtsentwicklung überlassen, sondern selber die Initiative ergreifen, um zu neuen Verhältnissen zu kommen.

2. Es soll Spekulationen über eine erzwingbare Wiedervereinigung aufgeben; die beiden deutschen Regierungen möchten hingegen auf der Basis gegenseitiger faktischer Anerkennung die nötigen Regelungen auf verschiedenen Gebieten machen und ein gewisses Maß an praktischer Zusammenarbeit aufnehmen.

3. Ein neues Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarn durch einen Friedensvertrag mit Anerkennung der Oder-Neiße-Linie würde zu der Erfahrung führen, daß eine völkerrechtlich festgesetzte Grenze keine Trennung, sondern gerade eine Möglichkeit für gute und fruchtbare Nachbarschaft werden kann.

4. Die Großmächte sollten gebeten werden, die beiden deutschen Staaten aus den militärischen Bündnissystemen zu entlassen.

5. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, würde das Problem der Geteiltheit viel von seiner Bitterkeit verlieren; die Mauer in Berlin, in der die geistige und weltpolitische Krise symptomatisch und beunruhigend sichtbar wird, würde ihren Sinn verlieren, und eine friedliche Lösung für die Grenzfragen und alles damit verbundene menschliche Leiden könnte angebahnt werden.

6. Eine Neutralisierung im Sinne der Rapacki-Eden-Pläne, Aufgeben der Hallsteindoktrin, Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO, könnte viel zur Entspannung und zum Frieden in der Welt beitragen.

7. Das Drängen maßgebender Kreise in der Bundesrepublik auf ein Mitverfügungsrecht über Kernwaffen soll entschieden abgewiesen werden.

VIII. Zum Zeugnis der Kirchen

Wir kommen zu einer Zusammenfassung. Die Kirche, die Gemeinde Jesu Christi, der die Verkündigung des Wortes Gottes anvertraut ist, kann und darf nicht schweigen zu den politischen Fragen, in welchen es um unsere menschliche Verantwortlichkeit in ihrem größten Umfang nach Raum und Zeit, um heute und morgen, um die Zukunft oder das Zugrundegehen der ganzen Menschheit geht. Ihre Fürbitte für die Obrigkeit erfolgt nicht nur, damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen, sondern daß allen Menschen geholfen werde und sie alle zur Erkenntnis der Wahrheit kommen (1. Tim. 2, 2 f). Aus der Fürbitte folgt die Mitverantwortlichkeit, welche sich auch bezeugt in einer auf das Politische ausgerichteten Seelsorge und Prophetie. Sie brauchen nicht eine religiöse Rechtfertigung ihres Tuns oder nicht nur eine Vertröstung über ihre Sorgen, nicht nur einen Protest, sondern besonders eine Weisung, eine Ermutigung, um auf den Wegen des Herrn zu gehen. Soll die Kirche, die ihren Herrn und König im Himmel bekennt und nicht umsonst *Veni Creator Spiritus* betet, diese Aufgabe nicht erfüllen? Und sollen wir, die wir zur Kirche gehören, uns nicht beteiligen an der Besinnung auf diese Aufgabe, und vielleicht stellvertretend für sie eintreten, wo sie selber die rechte Stellung nicht zu finden vermag?

Was verlangen, was hoffen wir von der Kirche?

1. Daß sie weiter daran geht, den Völkern und ihren Regierungen eine Alternative zu weisen für die durch Macht beherrschte Politik, die Alternative, die zum Frieden führt.

2. Daß sie stellvertretend für die Völker und die Regierungen Schuld bekennt und auf dem Wege der Versöhnung, der dadurch geöffnet wird, vorangeht. «Der Ort, an dem diese Schuldenerkenntnis wirklich wird, ist die Kirche . . . Darum kann auch nur die Kirche der Ort der persönlichen und gemeinschaftlichen Wiedergeburt und Erneuerung sein.» (Bonnhoeffer, *Ethik*, 47 f.)

3. Daß sie in ihrer ökumenischen Verbundenheit inmitten der Völker vorbildlich existiert, ein Exempel der Koexistenz gibt, auf Grund des ihr anvertrauten Geheimnisses der Vergebung und der Versöhnung.

4. Daß sie in dieser Koexistenz dazu mitarbeitet, daß die falschen Vorstellungen, die die Völker voneinander haben, und die durch die Propaganda des Kalten Krieges bis ins Mythologische gesteigert werden, und Möglichkeiten zu einer Begegnung in Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit anbahnt.

5. Daß sie sich nicht zu sehr dessen rühmt, daß sie die Versäumnisse der Väter und Großväter in der sozialen Frage in einer progressiven sozialen Gesinnung jetzt nachgeholt habe; sondern daß sie

das Problem der heute größten Bedrohung der Menschheit, das der internationalen sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, mit Eifer anfasse und mit Zeugnis und beispielhafter Tat auf seine Lösung hinarbeite.

6. Daß sie bedenke, daß heute die gefährlichsten Ketzereien nicht auf dem Felde des Denkens, sondern auf dem des Ethos, des tätigen Lebens, festzustellen sind. Die Verführung, anderen Göttern zu dienen als dem Vater des einzigen Heilandes, Jesus Christus, liegt jetzt vorwiegend auf dem Felde des politischen Ethos; mit dem Heidelberger Katechismus zu reden: R. 95: «Was ist Abgötterei? Antwort: Anstatt des einzigen wahren Gottes, der sich in seinem Worte hat geoffenbart, oder neben demselben, etwas anderes dichten oder haben, darauf der Mensch sein Vertrauen setzt.»

7. Daß sie nicht nur in den Glaubensfragen, sondern auch in den ethischen Fragen, nicht nur für die Seele und die Ewigkeit, sondern auch und gerade für dieses irdische Leben, alle Menschen aufruft, das Leben mit Gottes Verheißungen und Geboten zu wagen.

8. Das bedeutet dann auch, daß man nicht mehr mit Bismarck behauptet: die Bergpredigt sei zwar gut, aber mit ihr könne man keine Politik machen. Damit sind wir jetzt ad absurdum geraten. Und wir kehren die Sache um: es ist nicht wahr, daß man mit der Bergpredigt keine Politik machen kann. Uns ist klar geworden, daß es ohne sie erst recht nicht geht.

9. Darum wehren wir uns gegen die Behauptung, die Pazifisten seien Utopisten; diejenigen, die ihr Vertrauen auf die Macht gesetzt haben, seien Realisten. Die Sache ist umgekehrt: die Machtpolitiker sind Utopisten — wenn sie ihre Mittel wirklich einsetzen, geht der Zweck, den sie damit anstreben, zugrunde; die Pazifisten sind die einzigen Realisten — denn die Welt wird auf dem Wege des Friedens eine Zukunft haben oder es wird für sie überhaupt keine Zukunft mehr geben.

So erwählet euch heute, wem ihr dienen wollt (Jos. 24, 15).

Albert J. Rasker

An unsere Leser

Wenn wir der Dezemberausgabe der «Neuen Wege» eine Broschüre des Nobelpreisträgers Professor *Max Born* beilegen, so geschieht es, weil in der Radiobotschaft, aus der die Schrift hervorgegangen ist, sowohl der hervorragende Wissenschaftler als auch eine große Persönlichkeit der deutschen Gegenwart zu Worte kommt. Wie wir vor Jahren den Entschluß der Göttinger Professoren begrüßten, so empfinden wir diese Äußerung, die in einfacher Menschlichkeit, aber mit der Autorität des Denkers sich über «die Hoffnung, die uns bleibt», ausspricht, als packenden Appell.